

**Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften
und Denkmalpflege
am 28.04.2015
um 17:00 Uhr bis 18:05 Uhr in Remscheid, Rathaus, 2. Etage, Kleiner Sitzungssaal**

Anwesend sind:

Vorsitzender

Herr Ernst Otto Mähler

Ratsmitglieder

Herr Jürgen Kucharczyk

Herr Fritz Beinersdorf

Herr Kurt-Peter Friese

Herr Heinz Jürgen Heuser

Herr Kai Kaltwasser

Herr Norbert Schmitz

Herr Peter-Edmund Uibel

Herr Ralf Wieber

für Herrn Klaus Küster

für Frau Rosemarie Stippekoehl

für Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Sachkundige Bürger/innen

Herr Florian Böker

Herr Michael Büddicker

Herr Alexander Ernst

Herr Klaus Grunwald

Herr Lars Jochimsen

Herr Sigmar Paeslack

Herr Hans Lothar Schiffer

Herr Philipp Veit

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Domenico Larocca

Herr Klaus Lellek

von der Verwaltung

Herr Sven Wiertz

Herr Claus-Thomas Hübler

Frau Monika Meves

Herr Jörg Schubert

Herr Frank Schulz

Stadtkämmerer

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Fachdienst 3.31 - Umwelt

Fachdienst 0.62 - Bauen, Vermessung und Kataster

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung, Wirtschaft und Liegenschaften

Schriftführer/in

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Ratsmitglieder

Frau Gabriele Kemper-Heibutzki

Herr Klaus Küster

Frau Rosemarie Stippekoehl

Sachkundige Einwohner/innen

Herr Bernhard Grunau

Herr Martin Klück

Tagesordnung

- 1 Änderung/Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 10.03.2015
- 3 Niederschrift über die Sitzung vom 18.03.2015
- 4 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
 - 4.1 Künftige Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI / Industriestraße
 - 4.1.1 15/1037 Künftige Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI / Industriestraße
- Anfrage der CDU-Fraktionen in Rat der Stadt und Bezirksvertretung 2 - Süd
 - 4.1.2 15/1056 Anfrage der CDU-Fraktion zur künftigen Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI/Industriestraße
 - 4.2 Haus Cleff
 - 4.2.1 15/1040 Haus Cleff - Konzept für die Beantragung von Fördermitteln
Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.03.2015
 - 4.2.2 15/1179 Sachstandbericht zum Haus Cleff
 - 4.2.3 15/1208 Gesamtkonzeption für ein Bergisches Handelsmuseum Haus Cleff
- 5 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
 - 5.1 Stand der Planungen zum Designer-Outlet-Center (DOC) in Lennep
- 6 Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 7 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 8 Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
- 9 Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
 - 9.1 Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Ersatzstandort
hier: Auftragsvergabe für eine Machbarkeitsstudie
- Anfrage Herr Beinersdorf
- 10 Vorstellung des Fachdienstes 0.62 - Bauen, Vermessung und Kataster
- Mdl. Bericht der Verwaltung

- 11** 15/1131 BP 631 – Gebiet: Flurstraße
 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB)
 2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)
 3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)
- 12** 15/1171 BP 612 - Gebiet: zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstraße
 1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)
 2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB)
 3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)
 4. Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)
- 13** 15/1110 Baulandkataster und Rheinblick Siedlungsmonitoring zum 01.01.2014
- 14** Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung
- 14.1** 15/1228 Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN - Offene Fragen zum Ersatzstandort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung DS 15/1177
- 14.2** 15/1275 Anfrage der Ratsgruppe W.i.R. - Anfrage zur Vorlage 15/1177: Standort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung
- 14.3** 15/1278 Standort für das Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung (Drucksache Nr. 15/1177)
 - Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt vom 22.04.2015
- 14.4** 15/1177 Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Ersatzstandort
- 15** 15/1193 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße
 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)
 2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)
 3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)
 4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)

- | | | |
|-----------|---------|--|
| 16 | 15/1225 | Erstmalige endgültige Herstellung der Teileinrichtung Fahrbahn, Straßenentwässerung, einseitiger Gehweg und Beleuchtung in der Straße Hackenberg von Hackenberger Straße bis zur Abzweigung zur Hofschaff Hackenberg |
| 17 | 15/0898 | Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune |
| 18 | 15/0889 | Umsetzungsfahrplan für Arbeitsbereiche Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel |

1. Änderung/Erweiterung der Tagesordnung

Dem Ausschuss liegen per Tischvorlage eingebracht die Drucksache 15/1275 vom 27.04.2015 und die Drucksache 15/1278 vom 28.04.2015 zur Beratung vor.

Herr Mähler schlägt vor, die Behandlung der Angelegenheit „Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung“ mit Blick auf die von der Verwaltung für die nächste Sitzung angekündigte Stellungnahme zu den vorliegenden noch offenen Fragen zu vertagen und bittet den Ausschuss hierzu um sein Votum.

Beschluss: (einvernehmlich)

Die Behandlung der Angelegenheit „Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung“ mit den Drucksachen

- 15/1228
Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN - Offene Fragen zum Ersatzstandort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung DS 15/1177
- 15/1275
Anfrage der Ratsgruppe W.i.R. - Anfrage zur Vorlage 15/1177: Standort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung
- 15/1278
Standort für das Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung (Drucksache Nr. 15/1177)
- Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt vom 22.04.2015
- 15/1177
Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Ersatzstandort

wird – in Erwartung der von der Verwaltung für die nächste Sitzung angekündigten Stellungnahme zu den vorliegenden noch offenen Fragen – vertagt.

Im Übrigen nimmt der Ausschuss die Tagesordnung zur Kenntnis.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 10.03.2015

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3. Niederschrift über die Sitzung vom 18.03.2015

Der Ausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

4. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

4.1. Künftige Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI / Industriestraße

4.1.1. Künftige Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI / Industriestraße - Anfrage der CDU-Fraktionen in Rat der Stadt und Bezirksvertretung 2 - Süd Vorlage: 15/1037

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.1.2. Anfrage der CDU-Fraktion zur künftigen Anbindung des Lieferverkehrs im Bereich OBI/Industriestraße Vorlage: 15/1056

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.2. Haus Cleff

4.2.1. Haus Cleff - Konzept für die Beantragung von Fördermitteln Anfrage der SPD-Fraktion vom 03.03.2015 Vorlage: 15/1040

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.2.2. Sachstandbericht zum Haus Cleff Vorlage: 15/1179

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

4.2.3. Gesamtkonzeption für ein Bergisches Handelsmuseum Haus Cleff Vorlage: 15/1208

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Stand der Planungen zum Designer-Outlet-Center (DOC) in Lennep

Herr Hübler setzt die Berichterstattung der Verwaltung über die weitere Entwicklung der Planungen zum Designer-Outlet-Center fort und berichtet zur Fortführung der Bauleitplanverfahren, dass die Planentwürfe der 5. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gebiet Röntgen-Stadion, Jahnplatz und Kirmesplatz in Remscheid-Lennep und des Bebauungsplanes Nr. 657 für das gleiche Gebiet nach dem Beschluss des Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss vom 26.03.2015 und der entsprechenden Amtlichen Bekanntmachung im Amtsblatt für die Stadt Remscheid vom heutigen Tage nunmehr in der Zeit

von Montag, dem 11.05.2015 bis einschließlich Freitag, dem 19.06.2015

öffentlich ausliegen werden.

Der Ausschuss nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Schriftl. Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Ausschussmitgliedern, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

Anträge gemäß Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

9. Anfragen der Ausschussmitglieder gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Ersatzstandort
hier: Auftragsvergabe für eine Machbarkeitsstudie
- Anfrage Herr Beinersdorf**

Herr Beinersdorf bittet die Verwaltung um Auskunft, wer, wann und aus welchem Grund die der Drucksache 15/1177 vom 26.03.2015 beiliegende Machbarkeitsstudie für eine mögliche Ansiedlung des Berufskollegs Wirtschaft und Verwaltung an dem Standort Alleestraße 21 – 25 an das Architekturbüro Brochheuser Lüttinger, Remscheid in Auftrag gegeben hat.

(siehe hierzu auch Punkt 1)

Der Ausschuss kommt überein und bittet die Verwaltung, die hier gestellte Frage im Rahmen ihrer angekündigten Stellungnahme zu den übrigen offenen Fragen und damit im Gesamtzusammenhang mit zu beantworten.

**10. Vorstellung des Fachdienstes 0.62 - Bauen, Vermessung und Kataster
- Mdl. Bericht der Verwaltung**

Herr Schubert stellt in einer PowerPoint-Präsentation den Fachdienst 0.62 – Bauen, Vermessung und Kataster mit seinen Aufgabenfeldern vor und steht anschließend für Fragen zur Verfügung.

Die Darstellungen der PowerPoint-Präsentation zur Vorstellung des Fachdienstes 0.62 – Bauen, Vermessung und Kataster werden als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen

Der Ausschuss nimmt die Berichterstattung der Verwaltung nach Aussprache zur Kenntnis.

11. BP 631 – Gebiet: Flurstraße

- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB)**
- 2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)**
- 3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)**

Vorlage: 15/1131

Herr Ernst erklärt sich in dieser Angelegenheit für befähigt und nimmt an Beratung und Abstimmung nicht teil.

Herr Mähler stellt daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/1131 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, der Bebauungsplan Nr. 631 Blatt 1 von 2, der Bebauungsplan Nr. 631 Blatt 2 von 2, die Entscheidungsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 631 mit Anlagen sowie der Städtebauliche Vertrag – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Bürger (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 631 – Gebiet: Flurstraße - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 28.04.2014 bis einschließlich 30.05.2014 gem. § 13 a BauGB i.V.m. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 13 a BauGB i.V.m. § 3 (2) und § 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgte mit Schreiben vom 28.04.2014. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. Satzungsbeschluss (§ 13 a BauGB i.V.m. § 10 (1) BauGB und § 7 Gemeindeordnung NRW)

Der Bebauungsplan Nr. 631 - Gebiet: Flurstraße - wird gem. § 10 (1) BauGB i.V.m. § 7 GO NRW als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gem. § 9 (8) BauGB eine Begründung beigelegt. Dabei ist die umweltfachliche Betrachtung (§ 2 a Nr. 2 BauGB) gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB nicht Bestandteil der Begründung. Der redaktionellen Ergänzung der Begründung wird - entsprechend ihrer Darstellung in der Begründung zu dieser Beschlussvorlage - zugestimmt. Von der zusammenfassenden Erklärung wird gem. § 13 a (2) Nr. 1 i.V.m. § 13 (3) Satz 1 BauGB abgesehen. Der Beschluss des Bebauungsplanes ist gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

- 12. BP 612 - Gebiet: zwischen Hans-Potyka-Str. und Virchowstraße**
- 1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) in Verbindung mit § 4 (2) BauGB)**
 - 3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)**
 - 4. Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)**
- Vorlage: 15/1171**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung nach Aussprache zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/1171 beigelegten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der ersten Offenlage, die im Zuge der Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen der ersten Offenlage eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der ersten Offenlage, die im Zuge der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der ersten Offenlage eingegangenen Stellungnahmen, der Ergebnisbericht über die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offen-

lage des Bebauungsplanes Nr. 612, die im Zuge der Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen der Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage des Bebauungsplanes Nr. 612 eingegangenen Stellungnahmen, der Bebauungsplan Nr. 612 Blatt 1 von 2, der Bebauungsplan Nr. 612 Blatt 2 von 2, die Entwurfsbegründung zur 2. Offenlage einschließlich Umweltbericht; die textlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan Nr. 612, der Artenschutzrechtliche Fachbeitrag, die schalltechnische Untersuchung, die Geruchsimmisionsprognose mit ergänzenden Stellungnahmen, die Erstbewertung zur Altlastgefährdungsabschätzung, die orientierende Altlastenuntersuchung, die orientierende Analytik Bereich Abscheideranlage, das Merkblatt Sondierungsbohrungen, das Versickerungsgutachten März 2014, das Versickerungsgutachten Juli 2014, das Versickerungsgutachten November 2014, die Stellungnahme der Unteren Wasserbehörde sowie die umweltrelevanten Stellungnahmen – Teil 1 und Teil 2 – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 (2) BauGB)

Der Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße - hat einschließlich Begründung in der Zeit vom 28.10.2011 bis einschließlich 02.12.2011 gem. § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegt. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

2. Entscheidung über die während der 1. öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 3 (2) und § 4 (2) BauGB)

Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 3 (2) i.V.m. § 4 (2) BauGB erfolgte mit Schreiben vom 02.11.2011. Dem entsprechenden Ergebnisbericht wird zugestimmt.

3. Entscheidung über die während der „Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage“ eingegangenen Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (gem. § 4 a (3) Satz 4 BauGB)

Die planungsrechtlichen Festsetzungen des BP 612, Stand: 1. Offenlage, wurden im Anschluss an die 1. Offenlage ergänzt. Die Beteiligung der hiervon betroffenen Öffentlichkeit sowie der hiervon berührten Träger Öffentlicher Belange erfolgte in der Zeit vom 30.01.2012 bis einschl. 20.02.2012. Dem entsprechenden Ergebnisbericht über die Betroffenenbeteiligung wegen Planergänzung nach Offenlage wird zugestimmt.

4. **Beschluss über die 2. öffentliche Auslegung des BP 612 (gem. § 3 (2) und 4 (2) BauGB i.V.m. § 4 a (3) Satz 1 BauGB)**

Der Entwurf des BP 612 wurde nach Durchführung der 1. Offenlage überarbeitet.

Der auf Blatt 2 von 2 dargestellten neuen Plankonzeption des BP 612 wird zugestimmt.

Der überarbeitete Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße – wird, mit der Begründung und den nach Einschätzung der Gemeinde wesentlichen, bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen, für die Dauer eines Monats zum 2. mal öffentlich ausgelegt. Der Beschluss über die 2. Offenlage, sowie Ort und Dauer der 2. Auslegung, sind ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist darauf hinzuweisen, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können, dass nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan unberücksichtigt bleiben können und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm nur Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

Mit Eintritt der Rechtsverbindlichkeit des Bebauungsplanes Nr. 612 – Gebiet zwischen Hans-Potyka-Straße und Virchowstraße – ist der Bebauungsplan Nr. 192, Gebiet: Zufahrt Krankenhaus, in den Teilen nicht mehr anzuwenden, in denen er von der aktuellen Bauleitplanung überlagert wird.

13. **Baulandkataster und Rheinblick Siedlungsmonitoring zum 01.01.2014 Vorlage: 15/1110**

Nach Aussprache stellt Herr Mähler den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/1110 beigefügten Anlagen – dies sind Darstellungen und Daten zum Siedlungsmonitoring 2014 mit den Übersichtsplänen Wohnbauschwerpunkte und Gewerbeschwerpunkte Alt-Remscheid, Wohnbauschwerpunkte und Gewerbeschwerpunkte Süd, Wohnbauschwerpunkte und Gewerbeschwerpunkte Lennep und Wohnbauschwerpunkte und Gewerbeschwerpunkte Lüttringhausen sowie Begriffsbestimmungen zum Siedlungsmonitoring 2014 – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, sofort sowie in absehbarer Zeit bebaubare Remscheider Flächenreserven und Baulücken als Baulandkataster im Internet zu veröffentlichen. Die

Ergebnisse des Siedlungsmonitorings 2014 stellen hierfür die Basis dar und werden zu diesem Zweck einmalig aktualisiert. Durch das Baulandkataster entstehen weder für die Eigentümer noch für die Stadt Remscheid grundstücksbezogene Folgepflichten.

2. Die für das Baulandkataster identifizierten Flächenreserven und Baulücken werden in einer Liste und als kartographische Kennzeichnungen veröffentlicht. Neben je einem Umring und den Flurstücksdaten werden die planungsrechtliche Einstufung, die Flächengröße sowie einzelne bereits öffentlich abrufbare Rauminformationen gemäß dem Geodatenportal der Stadt Remscheid einsehbar gemacht.
3. Das Widerspruchsrecht der Grundstückseigentümer gemäß § 200 Abs. 3 BauGB kann sowohl nach einer allgemeinen Bekanntmachung der Veröffentlichungsabsicht für ein Baulandkataster ausgeübt werden, als auch nach einer Veröffentlichung desselben.

14. Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung

(siehe hierzu Punkt 1)

(vertagt)

14.1. Anfrage der Fraktion B90/DIE GRÜNEN - Offene Fragen zum Ersatzstandort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung DS 15/1177 Vorlage: 15/1228

(siehe hierzu Punkt 1)

(vertagt)

14.2. Anfrage der Ratsgruppe W.i.R. - Anfrage zur Vorlage 15/1177: Standort Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung Vorlage: 15/1275

(siehe hierzu Punkt 1)

(vertagt)

14.3. Standort für das Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung (Drucksache Nr. 15/1177) - Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt vom 22.04.2015 Vorlage: 15/1278

(siehe hierzu Punkt 1)

(vertagt)

**14.4. Berufskolleg Wirtschaft und Verwaltung - Ersatzstandort
Vorlage: 15/1177**

(siehe hierzu Punkt 1)

(vertagt)

- 15. 2. Änderung des Flächennutzungsplans - Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße**
- 1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)**
 - 2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)**
 - 3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)**
 - 4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)**
- Vorlage: 15/1193**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Die der Drucksache 15/1193 beigefügten Anlagen – dies sind der Ergebnisbericht über die Stellungnahmen der Öffentlichkeit zur 1. Öffentlichen Auslegung mit Anlagen, der Ergebnisbericht über die nachträglich eingebrachte Stellungnahme der Öffentlichkeit zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit mit Anlage, der Ergebnisbericht über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden zur 1. öffentlichen Auslegung mit Anlagen, der Ergebnisbericht über die eingegangenen Stellungnahmen der Behörden zur frühzeitigen Beteiligung der Träger öffentlicher Belange mit Anlagen, der Ergebnisbericht über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit mit Anlagen, der Ergebnisbericht über die Stellungnahmen der betroffenen Träger öffentlicher Belange mit Anlagen, die zeichnerischen Planteile Blätter 1 und 2, die Begründung zur 2. Änderung des Flächennutzungsplanes sowie die Zusammenfassende Erklärung – werden als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Entscheidung über die während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingegangenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit wird entsprechend dem als Anlage 1 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt nochmals der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen vorgelegt (Anlage 2).

2. Entscheidung über die im Rahmen der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB) sowie der Nachbargemeinden (§ 2 Abs. 2 BauGB)

Über die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend dem als Anlage 3 beigefügten Ergebnisbericht entschieden.

Um dem in § 1 Abs. 7 BauGB verankerten Abwägungsgebot umfassend gerecht werden zu können, wird dem Rat der Stadt nochmals der Ergebnisbericht über die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie der Nachbargemeinden eingegangenen Stellungnahmen vorgelegt (Anlage 4).

3. Entscheidung über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4a Abs. 3 S. 4 BauGB)

Über die Stellungnahmen der betroffenen Öffentlichkeit sowie der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird entsprechend den als Anlagen 5 und 6 beigefügten Ergebnisberichten entschieden.

4. Feststellungsbeschluss und Antrag auf Genehmigung (§ 6 Abs. 1 BauGB)

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes – Gebiet Platz, westlich Morsbachtalstraße – wird einschließlich der gem. § 5 Abs. 5 BauGB beigefügten Begründung beschlossen (Anlagen 7 und 8). Der 2. Änderung des Flächennutzungsplanes wird gem. § 6 Abs. 5 BauGB eine zusammenfassende Erklärung beigefügt (Anlage 9).

Die 2. Änderung des Flächennutzungsplanes ist gem. § 6 Abs. 1 BauGB der höheren Verwaltungsbehörde zur Genehmigung vorzulegen.

16. Erstmalige endgültige Herstellung der Teileinrichtung Fahrbahn, Straßentwässerung, einseitiger Gehweg und Beleuchtung in der Straße Hackenberg von Hackenberger Straße bis zur Abzweigung zur Hofschaff Hackenberg
Vorlage: 15/1225

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/1225 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des Streckenabschnitts der Straße Hackenberg, für den nach Vorschlag der Verwaltung eine Kostenspaltung gemäß § 9 der Satzung der Stadt Remscheid über die Erhebung von Erschließungsbei-

trägen vom 01.04.2004 zum Zwecke der Abrechnung der Kosten für die erstmalige endgültige Herstellung der Teileinrichtung Fahrbahn, Straßenentwässerung, einseitiger Gehweg und Beleuchtung durchgeführt werden soll, wird als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Kostenspaltung gemäß § 9 der Satzung der Stadt Remscheid über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen vom 01.04.2004 zum Zwecke der Abrechnung der Kosten für die erstmalige endgültige Herstellung der Teileinrichtung Fahrbahn, Straßenentwässerung, einseitiger Gehweg und Beleuchtung im Bereich Hackenberg Haus-Nr. 51 bis Hackenberger Straße ist durchzuführen.

**17. Antrag der SPD-Fraktion - Erstellung einer Inklusionsplanung für die Kommune
Vorlage: 15/0898**

Auf Vorschlag von Herrn Friese stellt Herr Mähler die vorliegende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

1. Die Verwaltung möge mittelfristig einen umfassenden Inklusionsplan für die Kommune erstellen und hierzu eine Projektgruppe zum Thema Inklusion bilden.
2. Da Inklusion ein übergreifendes Thema ist, sollte die Erarbeitung des Inklusionsplans in mehreren Teilschritten erfolgen.
3. Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt wie der Ausschuss für Schule das Thema Inklusion in allen Fachausschüssen sowie Beiräten einzubringen.

**18. Umsetzungsfahrplan für Arbeitsbereiche Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel
Vorlage: 15/0889**

Herr Mähler stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

Der der Drucksache 15/0889 beigefügte Umsetzungsfahrplan für den gesamten Arbeitsbereich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel wird als **Anlage 7** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 17 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Ausschuss für Bauen, Gebäudemanagement, Liegenschaften und Denkmalpflege empfiehlt dem Haupt-, Finanz- und Beteiligungsausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Hauptausschuss beschließt den Umsetzungsfahrplan für den gesamten Arbeitsbereich Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel.

gez.

Ernst Otto Mähler
Vorsitzender

gez.

Hans-Ulrich Dattner
Schriftführer